

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1924

30.8.1924 (No. 202)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher-
Straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postfach Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
J. B.:
C. K. Seyfried
Karlsruhe

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert monatlich 2,80 Goldmark. — Einzelnummer 10 Goldpfennig, Samstags 15 Goldpfennig. — Anzeigengebühr 12 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein Zeilenstück. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Rasterabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antikliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Anzeigenerhebung, Zwangsweiser Beitragszahlung und Kontostundenverfall der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in dem unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatschluß erfolgen.

Annahme des Dawesplanes

Die entscheidende Reichstagsitzung

Der Reichstag hat am gestrigen Freitag die Londoner Vereinbarungen gebilligt u. die Reparationsgesetze mit den erforderlichen Modifikationen angenommen. Wie es verfassungsrechtlich erforderlich ist, hat der Reichsrat von dem Beschluß des Reichstages billige Kenntnis genommen und der deutsche Vorkämpfer in London hat Anweisung erhalten, die Abmachungen namens der Reichsregierung endgültig zu unterzeichnen. Gleichzeitig werden auch die beteiligten Alliierten Regierungen unterschrieben.

Die Unterschrift wäre auch erfolgt, wenn der Reichstag nicht zugestimmt hätte. Die Verträge wären völkerrechtlich bindend gewesen, aber sie hätten solange nicht ausgeführt werden können, bis in Deutschland die verfassungsrechtlichen Voraussetzungen dazu erfüllt gewesen wären. Es hätte die lastende Ungewissheit angehalten, die unser Wirtschaftsleben vor allem ängstigt, bis nach einem neuen Wahlkampf, voraussichtlich nach mehreren Wochen die notwendigen gesetzlichen Grundlagen für die Durchführung des Dawesgutachtens hätten geschaffen werden können.

Nun sollen die Fristen, wie sie in London vereinbart worden sind, zu laufen beginnen, von denen zunächst genannt seien, die Fristen für die vorerzählten Räumungen, wobei nach Ansicht besteht zu hoffen, daß die völlige Räumung des Ruhrgebietes in kürzester Zeit als in der vereinbarten Maximalfrist von einem Jahr erfolgen wird. Beginnen soll die Räumung in der Zone Dortmund-Görde-Lünen. Dann sollen die Rheinländer folgen u. a. auch Karlsruhe und Mannheim, sowie die sog. „Rheinländer“. Gleichzeitig damit laufen die Fristen für das Inkrafttreten der verschiedenen wirtschaftlichen Vereinbarungen, wozu eben die Reparationskommission die Voraussetzungen durch die Ernennung der Funktionäre der einzelnen Länder geschaffen hat.

Bei der Abstimmung im Reichstag hat etwa die Hälfte der Deutschnationalen für das Eisenbahngesetz gestimmt, und so dem Gesetz die erforderliche Zweidrittelmehrheit verschafft. Warum allerdings die gleiche Fraktion einmütig gegen die übrigen Vorlagen zugestimmt hat, die der Zweidrittelmehrheit nicht bedürftig sind, ist die Frage. Die Hälfte der Deutschnationalen, die für das Eisenbahngesetz gestimmt hat, hat doch das Zustandekommen des ganzen Londoner Werks gesichert und damit auch die ganze Verantwortung auf sich genommen, also nach der Auffassung der Unentwegten in der Partei für das „zweite Versailles“ gestimmt. Welche innerpolitischen Folgen die Abstimmung haben wird, steht noch dahin. Es scheint, daß völksparteiliche Vermittler das teilweise Einlenken der Deutschnationalen aufstehen gebracht haben, wie ja auch von völksparteilicher Seite zugegeben wird, daß man dort die Schaffung einer Bürgerblockregierung unter Beteiligung der Deutschnationalen im Reich anstrebt. Dabei ist es allerdings nicht bekannt, wie sich das Zentrum, ohne das eine solche Regierung nicht zustandekommen kann, und die Demokraten dazu verhalten werden. Da der Reichstag voraussichtlich heute in die Ferien geht und erst im Herbst wieder zusammentritt, ist diese Frage übrigens nicht aktuell. Bedeutsam ist eine Rundgebung der Reichsregierung zur Kriegsschuldfrage, die im Anschluß an die Ratifizierung des Londoner Abkommens erfolgt ist. Diese an die alliierten Regierungen gerichtete Rundgebung steht offenbar im Zusammenhang mit der Zustimmung eines Teiles der Deutschnationalen zum Eisenbahngesetz.

Nach bei Beginn der Freitagssitzung des Reichstages herrschte vollständige Unsicherheit über die Haltung der Deutschnationalen. Bei den Einzelabstimmungen über die verschiedenen Gesetze zeigte sich die Mehrheit, die schon bei der zweiten Lesung in Erscheinung getreten war: Die Sozialdemokraten, das Zentrum, die Deutsche Volkspartei, die Demokraten, die Bayerische Volkspartei und die Wirtschaftliche Vereinigung stimmten dafür, die Deutschnationalen, die Wölkischen und die Kommunisten dagegen. Der deutschnationale Antrag zu dem Mantelgesetz, der die vom Kanzler in seiner Erklärung abgelehnten suspensiven Bedingungen einfügen wollte, wurde gegen die Deutschnationalen und Wölkischen abgelehnt, der Antrag der Regierungsparteien, der die Inkraftsetzung des Mantelgesetzes der Reichsregierung überlassen will, mit derselben Mehrheit angenommen. Nunmehr wurde zur Gesamtabstimmung geschritten, die für die wichtigsten der Gesetze in der Form der namentlichen Abstimmung vorgenommen wurde. Mit großer Spannung wurde jeweils das Ergebnis entgegengenommen. Beim Mantelgesetz, beim Gesetz über die Liquidierung der Rentenmarktscheine, beim Industriebeschäftigungsgesetz und bei dem sogenannten Aufbringungsgesetz ergab sich, daß ungefähr 438 Abgeordnete, also mehr als zwei Drittel der gesetzlichen Mitgliederzahl, anwesend waren und daß hierbon

rund 260 jeweils mit ja, 175 mit nein stimmten. Die Deutschnationalen, die Kommunisten und die Wölkischen brachten jeweils die Reinstimmen auf.

Nun kam die entscheidende Vorlage zur Abstimmung, das Eisenbahngesetz. Als der Präsident das Ergebnis verkündete, zeigte sich, daß die Zahl der anwesenden Abgeordneten auf 441 gestiegen war. Völlig überraschend kam die Feststellung, daß nicht weniger als 314 Abgeordnete mit ja gestimmt und nur 127 rote Karten abgegeben hatten. Ein Vergleich mit der vorherigen Abstimmung beim Aufbringungsgesetz ergab sofort, daß nahezu 50 deutschnationale Abgeordnete mit ja gestimmt haben mußten. Da von den 108 deutschnationalen Mitgliedern des Hauses rund 100 anwesend waren, hat also tatsächlich beinahe die Hälfte der Fraktionsmitglieder dem Eisenbahngesetz zugestimmt.

Der Wiberjinn der deutschnationalen Laitsil zeigte sich bei der folgenden Abstimmung, wo es sich um das Reichsbahnpersonalgesetz handelte. Dasselbe Hälfte der Deutschnationalen welche für das Eisenbahngesetz gestimmt hat, stimmte wieder mit der anderen Hälfte gegen das Reichsbahnpersonalgesetz, das den Beamten, Angestellten und Arbeitern der Reichsbahn die bisher erworbenen Rechte und Ansprüche sichert. Unter Stimmenthaltung der Deutschnationalen erfolgte die Ablehnung eines kommunistischen Antrags. Dasselbe geschah bei der Abstimmung über das bölkische Mißtrauensvotum, für das außer den Wölkischen nur noch die Kommunisten eintraten. Es verfiel der Ablehnung mit 261 gegen 94 Stimmen bei 85 Enthaltungen.

Von den Entschiedenungen wurden diejenigen, die von den Regierungsparteien eingebracht worden waren, mit Ausnahme der von den Demokraten stammenden, angenommen, die meisten gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, der Wölkischen und der Kommunisten. Die deutschnationalen Entschiedenungen wurden fast alle abgelehnt. Nur eine, die die Regierung zur Geltendmachung der ihr zustehenden Rechtsbehelfe gegen eine übermäßige Belastung Deutschlands fordert, erhielt die Zustimmung der bürgerlichen Mehrheit des Hauses, nachdem in ihr die Zustimmung befristet war, daß die gewünschten Schritte der Regierung binnen drei Jahren zu erfolgen hätten. Damit war die dritte Lesung der Dawesgesetze abgeschlossen.

BR. Berlin, 29. August.

Beginn 10.45 Uhr. Am Beginn wird der Antrag, wonach die Abgeordneten auch im Falle einer Reichstagsauflösung die Freisphäre bis 1 Woche nach den Neuwahlen behalten sollen, in dritter Beratung angenommen.

In der dann folgenden

Fortsetzung der dritten Beratung der Gutachtengesetze gibt Reichskanzler Dr. Marx die bereits gemeldete Erklärung der Reichsregierung ab.

Darauf wird die Einzelberatung der ersten Gruppe der Vorlagen,

der Bankgesetze

begonnen.

Abg. Koenen (Komm.) bekämpft die Gutachtengesetze und richtet Angriffe besonders gegen die Sozialdemokraten.

Abg. Schmidt-Stettin (Dt. Nat.) verlangt stärkere Sicherungen der Beamtenrechte.

Abg. Dr. Reichert (Dt. Nat.) bekämpft die Bankgesetze. Die Regierung muß dringend ermahnt werden, bei den kommenden handelspolitischen Verhandlungen die gefährdeten Interessen der deutschen Wirtschaft zu wahren. Der Redner erklärt, seine Freunde würden beantragen, daß die Inkraftsetzung zur Vorbedingung für die deutschen handelspolitischen Verhandlungen mit Frankreich und England gemacht werden. Die Reichsregierung werde hoffentlich weitere Erklärungen abgeben, die für die Haltung der Deutschnationalen von Bedeutung sein könnten.

Abg. Freyher von Rheinbaben (Dt. Sp.) verlangt, daß auch von der Gegenseite die friedfertige Bestimmung gezeigt wird, die die deutsche Regierung erfüllt. Damit sei eine Fortsetzung der Ruhrbesetzung schwer denkbar.

Abg. Wulle (N.S.) erklärt, in den letzten Tagen sei hier ein edelhafter Kuhhandel zu beobachten. Auf die Forderung des Abg. Herzt sei der Fermanat gefolgt. Die Nationalsozialisten achten in den Kommunisten die christlichen Gegner, und sie betrachten es als eine Schande des Parlamentes, daß so viele Kommunisten künstlich von der entscheidenden Abstimmung ferngehalten werden.

Abg. Dr. Breitsheld (Soz.) verweist auf die letzten Ausführungen des Abg. Dr. Reichert, die erkennen lassen, daß die Deutschnationalen durch Unfall zur Annahme des sogenannten Londoner Schandvertrages bereit seien, wenn ihnen dafür ein entsprechender Preis gezahlt werde. Der Redner richtet an die Reichsregierung folgende Fragen: Ist es richtig, daß die deutschnationale Reichstagsfraktion als Preis für ihren Unfall den Eintritt einzelner ihrer Mitglieder in das Kabinett verlangt hat? Ist es richtig, daß die deutschnationale Volkspartei, wenn nicht für diesen Augenblick, so doch für einen späteren, nach Wochen zu bestimmenden Termin eine solche Umbildung der Regierung durch den Eintritt deutschnationaler Minister in Aussicht gestellt ist?

Ist es weiter richtig, daß die deutschnationale Volkspartei heute morgen noch als Hauptpreis für ihren Unfall gefordert hat den Rücktritt des derzeitigen Reichskanzlers Marx, sofort oder in einigen Wochen? Ist es richtig, daß der Vorstand der Zentrumsfraktion dieses Anfinnen als absolut indiskutabel abgelehnt hat (Abg. Hehenbach nicht), daß aber die Verhandlungen über den Kaufpreis trotzdem weitergeführt werden? (Abg. Hehenbach schüttelt mit dem Kopf.) Was aber auch

der Kaufpreis sein mag, es steht fest, daß die Deutschnationalen bereit sind, fi chdas zweite Versailles ablaufen zu lassen (lebhaftes Hört, Hört).

Reichskanzler Dr. Marx kann zunächst nicht sprechen, da bei den Kommunisten und den Sozialdemokraten große Unruhe herrscht. Er erklärt dann namens der Reichsregierung: Das Reichskabinett hat zu der Frage einer Umbildung der Regierung nicht Stellung genommen. An der Aussprache, die darüber zwischen Parteien gepflogen sein mögen, war die Reichsregierung überhaupt nicht beteiligt. (Große Unruhe und Widerspruch links.)

Abg. Breitsheld (Soz.): Nachdem der Reichskanzler erklärt, daß das Reichskabinett an den Verhandlungen über die Umbildung der Regierung nicht beteiligt gewesen ist, frage ich: Kann der Reichskanzler darüber Auskunft geben, ob das eine oder andere Mitglied des Kabinetts an solchen Verhandlungen und Besprechungen beteiligt gewesen ist, und wie der Verlauf der Verhandlungen gewesen ist?

Reichskanzler Dr. Marx: Nach Erkundigungen, die ich eingezogen habe, hat kein Mitglied des Reichskabinetts an den Besprechungen über die Umbildung der Reichsregierung, die stattgefunden haben, teilgenommen. Es haben bloß Verhandlungen zwischen den Mitgliedern des Kabinetts über die Ausarbeitung meiner Erklärung stattgefunden, die ich heute abgegeben habe. Weiter habe ich nichts zu erklären. (Große Unruhe links.)

Damit ist die Einzelberatung über die Gesetze geschlossen. Vizepräsident Dr. Dell schlägt vor, die Sitzung auf 1 1/2 Stunden zu unterbrechen. Inzwischen soll der Altkonvent zusammenzutreten, um über die Geschäftslage zu beraten.

Schluß 1 Uhr.

Am 3 Uhr wird die Sitzung vom Präsidenten Waltraf wieder eröffnet.

Von den Nationalsozialisten ist ein kleines Schaukelstündchen auf den Tisch des Hauses gestellt worden.

Der Präsident leitet

die Abstimmung über die Gutachtengesetze mit erläuternden Bemerkungen über die Reihenfolge ein.

Abg. Dr. Fridt (N.S.) beantragt, vor der letzten Abstimmung über das Eisenbahngesetz nach der Abstimmung über das Mantelgesetz, das die Amnestierung der Separatisten enthält, die Abstimmung über den Antrag auf Amnestie der politischen Gefangenen auch im unbefestigten Gebiet vorzunehmen.

Der Antrag wird gegen die Nationalsozialisten und Kommunisten abgelehnt.

Die von den Deutschnationalen zum Mantelgesetz gestellten Änderungsanträge werden abgelehnt, die Änderungsanträge des Zentrums angenommen. — Sämtliche Gutachtengesetze werden in der Einzelberatung gegen die Stimmen der Deutschnationalen, Kommunisten, Nationalsozialisten und Deutschnationalen angenommen.

Diese Abstimmungen haben jedoch nur formale Bedeutung.

Die entscheidende Schlußabstimmung wird mit 262 gegen 175 Stimmen bei 1 Enthaltung angenommen.

Das Bankgesetz wird in namentlicher Abstimmung mit 259 gegen 172 Stimmen bei 2 Enthaltungen angenommen. Gegen das Gesetz haben auch die Deutschnationalen gestimmt. Das Gesetz über die Liquidierung der Rentenmarktscheine wird mit 262 gegen 172 Stimmen angenommen.

Die namentliche Abstimmung über das Industriebeschäftigungsgesetz ergibt die Annahme mit 260 gegen 176 Stimmen bei 1 Enthaltung. Das Aufbringungsgesetz wird bei zwei Enthaltungen mit 261 gegen 175 Stimmen angenommen.

Das Privatnotenbankgesetz und das Zinsgesetz kommen in einfacher Abstimmung zur Annahme.

Nunmehr folgt die

namentliche Abstimmung über das Eisenbahngesetz zu dessen Annahme eine Zweidrittelmehrheit erforderlich ist. Mit allgemeiner Spannung wird dabei die Haltung der Deutschnationalen beobachtet. Verschiedene Deutschnationale halten auffällig die rote Karte, geben sie aber beim Einsammeln der Karten nicht ab; andere geben weiße Karten ab. Das Ergebnis der Abstimmung ist 314 Ja-Stimmen 127 Reinstimmen. Die erforderliche Zweidrittelmehrheit ist also erreicht und dadurch das Eisenbahngesetz auch angenommen worden.

Das Abstimmungsergebnis wird von den Kommunisten und Nationalsozialisten mit förmlichen Verbündungen gegen die Deutschnationalen begleitet. Einige Tribünenbesucher hatten Weisfall. Präsident Waltraf unterlag allen Tribünenbesuchern jede Weisfall- oder Mißfallenstundegebung. Der Präsident stellt ferner fest, daß beide Erfordernisse der Annahme eines verfassungändernden Gesetzes: Zweidrittelmehrheit und Zweidrittelmehrheit erfüllt sind.

Abg. v. Graefe ruft: Verräterbande.

Das Eisenbahngesetz wird mit 270 gegen 163 Stimmen angenommen. Von den Kommunisten wird den Deutschnationalen zugerufen: Jetzt stimmen sie wieder tapfer mit „Nein“, wo es keine Wirkung hat.

Bei der dann folgenden Abstimmung über das Mantelgesetz reicht die für die Durchsetzung der namentlichen Abstimmung erforderliche Zahl der Kommunisten und Nationalsozialisten nicht aus. — Das Gesetz wird in einfacher Abstimmung angenommen. Dafür stimmt auch ein großer Teil der Deutschnationalen.

Mit einer Beilage: 30. öffentliche Sitzung über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Damit sind sämtliche Gutachtengesetze angenommen. Die Kommunisten beantragen nunmehr den nach Artikel 72 der Reichsverfassung möglichen Einspruch gegen die Verkündung der angenommenen Gesetze. Wird ein solcher Einspruch von einem Drittel der Abgeordneten unterstützt, so hat er die Wirkung, daß die Inkraftsetzung der Gesetze sich um 2 Monate verzögert und der Volksentscheid darüber vorgenommen werden muß, wenn nicht der Reichstag und der Reichspräsident die Gesetze für dringlich erklären.

Abg. Koenen (K.) betont vor der Abstimmung, die Kommunisten wollten mit ihrem Antrag nur die Deutschnationalen zwingen, Farbe zu bekennen. Die Kommunisten und Nationalsozialisten stimmen für den Einspruch, die Deutschnationalen geben blaue Enthaltungsgestellen ab.

Für den Einspruch stimmen 73 Abgeordnete, dagegen 274; 84 Abgeordnete enthalten sich der Stimme. Das zur Wirksamkeit des Einspruchs erforderliche Drittel der Stimmen ist nicht erreicht.

Die Entschließung der deutschen Volkspartei, die sich auf die Schulfrage und die künftigen Handelsvertragsverhandlungen bezieht, wird gegen die Sozialdemokraten und Kommunisten angenommen.

Die Kommunisten beantworten die Ablehnung ihrer Anträge und Entschließungen, denen meist nur die Nationalsozialisten zustimmen, mit Schmähreden gegen die Mehrheit. Die Entschließung der Deutschnationalen über die Aufräumung und Handelsvertragsverhandlungen wird abgelehnt.

Damit ist die Beratung der Gutachtengesetze endgültig erledigt.

Abg. v. Graefe (N.S.) verliest hierauf eine Erklärung, in der er den heutigen Tag „den schwarzesten Tag der deutschen Geschichte seit dem November 1918“ nennt.

Der Rest der Erklärung bleibt unverständlich, weil die Abgeordneten der Sozialdemokratie und der Mittelparteien den Redner durch minutenlange, anhaltende fortwährende Ausrufe: „Schluß, raus“ überhören.

Als darauf Abg. Dr. Reich (W.B.P.) zu einer Erklärung ansetzt, hindern ihn die Kommunisten und Nationalsozialisten daran, indem sie nun ihrerseits fortwährend „Schluß“ und „raus“ schreien.

Vizepräsident Dr. Bell veranlaßt den Abg. Reich (W.B.P.) zum Verzicht auf seine Erklärung und teilt mit, daß er niemand mehr zu einer Erklärung das Wort geben werde.

Die namentliche Abstimmung über das Mißtrauensvotum der Nationalsozialisten führt zur Ablehnung des Mißtrauensantrags. Dafür werden 94, dagegen 251 Stimmen abgegeben bei 85 Stimmenthaltungen der Deutschnationalen.

Es folgt der Bericht des Hauptausschusses über Fürsorgemaßnahmen zugunsten der Ausgewiesenen und der in den besetzten Gebieten Vertriebenen.

Minister für die besetzten Gebiete Hölle erklärt die Bereitwilligkeit der Regierung, den Vorschlägen des Ausschusses gemäß dem besetzten Gebiet zu helfen.

Abg. Hofmann-Rudwigshafen (K.) schließt sich im Namen der Mittelparteien und Sozialdemokraten den Ausführungen des Ministers an.

Abg. Florin (Komm.) macht der Regierung den Vorwurf, daß sie den Ruhrkämpfern ihr Versprechen nicht gehalten habe.

Nach weiterer Aussprache werden die Anträge des Ausschusses angenommen.

Vizepräsident Dr. Bell kommt dann auf die vorher vom Abg. von Graefe (N.S.) verlesene Erklärung zurück. Bei dem Abg. im Hause habe er — der Präsident — die Ausführungen des Redners nicht verstehen können. Diese Erklärung gehe in ihren Angriffen gegen die Reichstagsmehrheit weit über das zulässige Maß einer scharfen Kritik hinaus und müsse zurückgewiesen werden. Der Abg. von Graefe wird zur Ordnung gerufen.

Es folgt dann die Beratung der Amnestiegesetze.

Abg. Frau Pfüll (Soz.) erstattet den Bericht des Rechtsausschusses. Der Ausschuss beschäftigte sich mit den Anträgen der Kommunisten und Nationalsozialisten auf Amnestierung der politischen Gefangenen und mit einem sozialdemokratischen Antrag, der Straffreiheit verlangt für die Teilnehmer an den bayerischen Unruhen von 1919, für die Straftaten, die 1923 bei Lebensmittelunruhen oder bei der Abwehr monarchistischer Bestrebungen begangen worden sind und für die Bekämpfung des Westens verboten Organisationen. Der Ausschuss empfiehlt die Ablehnung aller Anträge. Die Reichsregierung hat im Ausschuss erklärt, sie könne keine allgemeine Amnestie bewilligen, werde sich aber mit den Landesregierungen in Verbindung setzen, um für Begnadigung zu wirken. Die Erklärung des Außenministers Dr. Stresemann im auswärtigen Ausschuss bei der Beratung der Gutachtengesetze sei nicht als das Versprechen einer Amnestie aufzufassen.

Abg. Dr. Haas (Dem.) gibt im Namen der Volkspartei, des Zentrums und der Demokraten eine Erklärung des Inhalts ab: Die der Regierung leider aufgezwungene Amnestierung der Separatisten begründet nicht eine Ausdehnung der Amnestie auf alle politische Straftaten im ganzen Reich. In Einzelfällen ist eine wohlwollende Anwendung des Begnadigungsrechtes erwünscht. (Lärm bei den Kommunisten.)

Abg. Dr. Fried (N.S.) wendet sich gegen die Regierungserklärung im Ausschuss. Die Amnestie sei nicht allein Sache der Länder, zumal auch politische Straftaten gegen das Reich verfolgt würden. Die Deutschnationalen, denen von Jagow und die übrigen Kapp-Putschisten nahesteht, dürften sich nicht hinter Kompetenzbedenken verziehen. Von ihren Stimmen hänge es ab, ob der nationalsozialistische Amnestieantrag angenommen werde, der alle politischen Gefangenen ohne Unterschied der politischen Richtung amnestieren wolle.

Abg. Kay (K.) führt aus: Ein Hochverrat gegen den gegenwärtigen Staat sei gar nicht möglich, denn die Leiter des jetzigen Staates hätten ihre Macht erlangt durch Taten, die erfolgreicher Hochverrat waren. Als der Redner deutschen Richtern bewußte Rechtsbeugung vorwirft, rügt Vizepräsident Dr. Bell diese Bemerkung. In den Gefängnissen werden die politische Gefangenen in sadistischer Weise gequält. Die schlimmsten Qualereien würden auf Anordnung des preussischen Polizeiministers Severing an den politisch Inhaftierten verübt. Bei diesen Worten schreien die Kommunisten dem Abg. Severing (Soz.) zu: Da ist der Lump, der Henker! — Vizepräsident Dr. Bell ersucht wiederholt um Ruhe. Der nationalsozial. Antrag genüge zwar nicht den kommunistischen Ansprüchen, aber für ihn müßte sich eine Mehrheit erreichen lassen. Die Arbeiterschaft werde die Bastille des Reichstages stürmen. (Lebhaftes Geklatschen bei den Kommunisten.)

Von Zentrum, Volkspartei, Demokraten und Sozialdemokraten ist ein Antrag eingegangen, der die Regierung ersucht, die verfassungsrechtliche Frage der Reichsamnestie bezüglich ihrer Wirksamkeit auf Urteile der Länder der endgültigen Klärung durch den Staatsgerichtshof zuzuführen.

Abg. Lohmann (Dnt.) weist die Angriffe des abg. Kay gegen den Richterstand zurück. Nach der Regierungserklärung sei zu erwarten, daß die Amnestiefrage dem Reichstag noch einmal beschäftigen werde.

Abg. Dr. Rosenfeld (Soz.) schließt sich den Beschwerden des Abg. Kay über die Justiz und den Strafollzug an. Es gebe viele Richter, die aus politischen Motiven das Recht beugen. Die jüngsten Urteile des Staatsgerichtshofes seien sehr bedenklich. Sehr eigenartig sei das gegenwärtige Verfahren gegen die kommunistische Zentrale. Es sei nicht erträglich, daß der Staatsgerichtshof zum Schutz der Republik einen Untersuchungsrichter habe, der der deutschnationalen Volkspartei angehöre.

Staatssekretär Joel vom Reichsinnenministerium weist die Angriffe der Abg. Kay und Rosenfeld gegen den deutschen Richterstand zurück.

Abg. Wunderlich (D. Vp.) bemerkt gleichfalls unter lärmendem Widerspruch der Kommunisten den Richterstand gegen die Angriffe der beiden Redner.

Abg. Dr. Rosenfeld (Soz.) erklärt, er habe den Richterstand nicht in seiner Gesamtheit angegriffen, aber er halte daran fest, daß es Richter gibt, die aus politischen Motiven bewußt das Recht beugen. Die Vorwürfe gegen den Untersuchungsrichter Vogt seien durchaus begründet.

Damit schließt die zweite Beratung. — Um 10 Uhr schließt die Sitzung. Nächste Sitzung Samstag vormittag 11 Uhr: Zollvorlage.

Die Reichsregierung gegen die Schulblüge

W.B. Berlin, 29. August. Aus Anlaß der Verabschiedung der Dawesgesetze erklärt der Reichskanzler namens der Reichsregierung eine Kundgebung, in der sie allen Mitgliedern des Reichstags, die zu diesem Ergebnis beigetragen haben, ihren Dank ausspricht und dann den Standpunkt der Reichsregierung in der Kriegsschuldfrage wie folgt darlegt: Die uns durch den Versailler Vertrag unter dem Druck übermächtiger Gewalt auferlegte Festsstellung, daß Deutschland den Weltkrieg durch seinen Angriff entfesselt habe, widerspricht den Tatsachen der Geschichte. Die Reichsregierung erklärt daher, daß sie diese Festsstellung nicht anerkennt. Es ist eine gerechte Forderung des deutschen Volkes, von der Würde dieser falschen Anklage befreit zu werden. Solange das nicht geschehen ist und solange ein Mitglied der Völkergemeinschaft zum Verbrecher an der Menschheit gestempelt wird, kann die wahre Verständigung und Verständigung zwischen den Völkern nicht vollendet werden.

Die Reichsregierung wird Anlaß nehmen, diese Erklärungen den fremden Regierungen zur Kenntnis zu bringen.

Der Reichsrat

Der Reichsrat nahm am Freitag unter dem Vorsitz des Ministers Jarres von den Beschlüssen des Reichstages über die Dawesgesetze ohne Einspruch Kenntnis.

Eine Erklärung der Deutschnationalen

W.B. Berlin, 29. August. Der Vorkämpfer in London, Stahmer, erhielt heute nachmittags die Anweisung, die Londoner Abmachungen morgen zu unterzeichnen.

Berlin, 29. Aug. In einer Mitteilung der deutschnationalen Parteileitung wird darauf hingewiesen, daß die beiden in Erscheinung getretenen Anschauungen nicht auf einem Gegensatz der Grundanschauungen, sondern lediglich auf der differenzierten Beurteilung der Lage beruhen.

Während die Abgeordneten, die mit nein stimmten, dem Gedanken der Unerträglichkeit des Londoner Abkommens den Vorrang liehen, gingen die Zustimmung auf die Erwägung zurück, daß durch Vermeidung einer akuten Krise, durch Beteiligung der Deutschnationalen an der Regierung und durch Einflußnahme auf die Durchführung des Abkommens der augenblicklichen Notwendigkeit genügt werde.

Die Lage habe übrigens durch die Kundgebung der Regierung zur Kriegsschuldfrage, die eine gerundete Änderung der außenpolitischen Haltung der Regierung darstelle, eine wesentliche Änderung erfahren, was ebenso, wie die erreichte Verbesserung zu dem Dawesplan, ein Erfolg der Opposition sei, die sich jetzt zur mitwirkenden Teilnahme an der Leitung der deutschen Politik anschleide.

Bei der getrigen Abstimmung über das Eisenbahngesetz haben u. a. folgende deutschnationale Abgeordnete für das Gesetz gestimmt: Wagemann (Bayern), Baeder (Berlin), Dr. Barth (Chemnitz), Bazille (Württ.), Behrens (Ostpreußen), Biener (Chemnitz), Fritz Bismarck (Weber-Ems), Christ (Hessen-Nassau), Adrich (Hüringen), Domsch (Dresden), Dorff (Hessen), Dr. von Dreyander (Düsseldorf-West), Fietz (Ostpreußen), Hartwig (Hessen-Nassau), Dr. Hoelsch (Weipzig), Julier (Waden), Dr. Marckly (Berlin-Charlottenburg), D. Mumm (Westfalen Süd), Freiherr v. Nitzsch (Breslau), Sachs (Bayern), Dr. Spahn (Köln), D. Straßmann (Bayern), von Tirpitz (Schwaben), Wallraf (Köln-Nach). Gegen das Gesetz haben von den Deutschnationalen 54 Abgeordnete gestimmt.

Frankreich und die Räumung Kölns

W.B. London, 29. August. Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt, er höre, daß der einzige Lager Gervit seinen hauptsächlichsten militärischen Ratgeber fragte, ob es unlich wäre, die französischen Truppen nach der Räumung der Kölner Zone durch die Engländer im Ruhrgebiet zu belassen. Die Antwort lautete, es würde für eine bloße Stammtruppe nicht geraten sein, unter diesen Umständen im Ruhrgebiet zu bleiben. In einem solchen Falle würden die gegenwärtig an der Ruhr weilenden französischen Truppen wesentlich verhärtet werden müssen. Gervit bemerkte darauf, daß angesichts der verschiedenen Auffassung in der französischen und europäischen öffentlichen Meinung eine derartige Verstärkung nicht in Frage komme. Deshalb müßte entweder die Ruhr etwas gleichzeitig mit der Kölner Zone am 10. Januar 1925 geräumt werden oder es müßte ein Abkommen über eine entsprechende Verlängerung der britischen Besatzung erreicht werden. Das alles gelte für den Fall, daß die französische Besetzung der Ruhr über dieses Datum hinaus andauern soll.

Zur Geschäftsfrage des Reichstages

Der Ältestenrat des Reichstages beschäftigte sich am Freitag während der Sitzungspause mit der Tagesordnung der Samstag-Sitzung, falls der Reichstag nicht aufgelöst werde. Die Mehrheit der Parteien einigte sich dahin, morgen zunächst das deutsch-spanische Handelsabkommen und einen deutsch-polnischen Handelsvertrag ohne Debatte zu erledigen. Ferner wird der Gesetzentwurf über die Zölle und Umsatzsteuern auf die Tagesordnung gesetzt werden, in Verbindung mit den Anträgen auf Aufhebung der Umsatzsteuer. Zu dieser Frage werden sämtliche Fraktionen sprechen, bezw. formulierte Erklärungen abgeben. Der Gesetzentwurf wird dann einem Ausschuss überwiesen werden. Ein Antrag der Kommunisten, am Donnerstag die Zollvorlage zu erledigen, wurde abgelehnt. Von der Regierung wurde der Wunsch geäußert, die zweite und dritte Lesung der Zollvorlage Anfang Oktober vorzunehmen, da die Verabschiedung dieser Vorlage wichtig für eventuelle Verhandlungen handelspolitischer Art sei. Die Mehrheit

der Parteien sprach sich jedoch dahin aus, daß die Reichstagsferien bis zum 15. Oktober dauern sollen und daß dann zunächst die Zollvorlage, die inzwischen von dem Ausschuss vorbereitet werden soll, erledigt werde.

Kurze Nachrichten

Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Bekleidung) für Mittwoch, den 27. August, ist nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamtes gegenüber der Vorwoche unverändert geblieben. Sie beträgt das 1,14 billionenfache der Vorkriegszeit.

Ein deutsch-schwedischer Schiedsgerichts- und Vergleichsvertrag ist zustande gekommen. Die zwischen beiden Ländern bestehenden Rechtsstreitigkeiten sind dem Schiedsgerichtsverfahren, die politischen Streitigkeiten dem Vergleichsverfahren zu unterwerfen. Der Vertrag wird vor seiner Ratifizierung zum Reichstag vorgelegt.

Die Erzbergermörder. Die Budapestener Blätter melden, daß der von der Polizei gefundene angebliche Schneider, der mit dem Erzbergermörder Tillesen identisch sein soll, sich nicht mehr auf ungarischem Gebiet befindet. Es sei ihm gelungen, über die Grenze zu flüchten. Ein Blatt meldet, daß Konrad Mayer, der mit dem an der Ermordung Erzbergers beteiligten König identisch sein soll, gleichfalls aus Ungarn geflüchtet ist.

Die Zollvorlage der Reichsregierung

Die Reichsregierung hat bekanntlich mit einer Stimme Mehrheit beschlossen, das vom Reichsrat bereits genehmigte Gesetz über Zölle und Umsatzsteuer jetzt an den Reichstag gelangen zu lassen. Das Gesetz besteht nur aus drei Artikeln. Seine wesentliche Bestimmung ist, daß die Zölle für die vier Hauptgetreidearten, für Kartoffeln, Rindvieh, Schafe, Schweine, Fleisch und Schweinefleisch wiederhergestellt werden. Andererseits soll die Umsatzsteuer von 2 1/2 v. H. auf 2 v. H. ermäßigt werden. Die allgemeine Begründung des Gesetzeswurfs hat folgenden Wortlaut:

„Die deutsche Wirtschaft muß stärker als je sich das Ziel eines Ausgleichs der Handelsbilanz setzen. Hierfür ist es notwendig, die Bedingungen der Produktion so günstig als möglich zu gestalten, und ebenso ist von ausschlaggebender Bedeutung, die zurzeit verminderte Intensität der deutschen landwirtschaftlichen Erzeugung wiederherzustellen. Dazu ist ein geeignetes Mittel neben anderen Maßnahmen die Verringerung der zu Beginn des Krieges vorübergehend eingeführten Zollbefreiung für die hauptsächlichsten landwirtschaftlichen Erzeugnisse. Um die damit notwendig verbundene Belastung des Verbrauchers in erträglichen Grenzen zu halten, muß die Möglichkeit geschaffen werden, die an sich wieder in Kraft tretenden autonomen Zölle angemessen zu senken. Eine weitere wesentliche Entlastung des Verbrauchers soll durch eine Ermäßigung der allgemeinen Umsatzsteuer erreicht werden.“

Die gefährliche, sich ständig noch verschärfende Krise, in der sich die deutsche Landwirtschaft befindet, wird am besten gekennzeichnet durch das Mißverhältnis der Preise für die landwirtschaftlichen Betriebsmittel. Während die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse, zu denen für die landwirtschaftlichen Betriebsmittel. Während die Preise für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse (Getreide, Kartoffeln) sich zurzeit auf etwa 5 v. H. der Vorkriegshöhe bewegen, betragen sie für die wichtigsten landwirtschaftlichen Betriebsmittel (Düngemittel, Maschinen, Geräte) durchschnittlich etwa 115 v. H. der Vorkriegszeit. Für 100 Einheiten landwirtschaftlicher Erzeugnisse kann man heute nur noch etwa 75 Einheiten landwirtschaftlicher Betriebsmittel gegen 100 in den letzten Friedensjahren kaufen. Abgesehen von den Schwierigkeiten der Kreditbeschaffung und der steuerlichen Belastung erfährt die Lage eine weitere Verschärfung durch den Umstand, daß die hauptsächlichsten landwirtschaftlichen Erzeugnisse noch der Ausfuhrbeschränkung unterliegen. Wenn nicht sofort durchgreifende Maßnahmen gegen die drohende Entwertung namentlich des Getreidebaldes getroffen werden, muß bereits für die Herbstbestellung 1924 und damit für die Ernte 1925 mit einer starken Verminderung der Anbaufläche gerechnet werden. Von den Folgen der Anbauverminderung würden auf die Dauer auch die Verbraucher getroffen werden. Die Vorlage steht daher in Ausführung der bei der Beratung der Interpellationen über die Agrarkrise am 27. Juni 1924 im Reichstage abgegebenen Regierungserklärung über den Waren der Zolltarifnummern 1 bis 4, 23, 103, 104, 106, 108, 109 die Wiedereinführung der autonomen Zölle nach dem Tarif vom 25. Dezember 1902 vor und ermäßigt gleichzeitig die Regierung, nach Lage der wirtschaftlichen Verhältnisse die Zölle auf die Höhe der früheren Vertragszölle herabzusetzen. Unter dem früheren Zollfuß sind Anbauflächen und Ertrag der deutschen Landwirtschaft wesentlich gesteigert worden. Es steht zu hoffen, daß die Wiedereinführung des Zollschutzes dem im Kriege und nach dem Kriege eingetretenen Rückgang der Ernteflächen und des Ertrags zum mindesten entgegenwirken wird.

Daß Agrarzölle eine Belastung der Verbraucher bedeuten, kann nicht bestritten werden. Über die Höhe der Belastung gehen die Meinungen auseinander. Es fragt sich, ob der Zoll ganz vom Inland getragen wird oder ob ein Teil auf das Ausland abgewälzt wird. Die überwiegende Ansicht ging vor dem Kriege dahin, daß eine volle Auswirkung des Zolles auf die Inlandspreise nicht eintritt. Folgende Gegenüberstellung bestätigt diese Ansicht:

Es betragen die Weizenpreise für 100 Kilogramm frei deutscher Grenze, also unverzollt:

1905	1906	1907	1908	1909	1910	1911	1912	1913
14,44	13,39	15,67	16,71	18,76	16,10	16,03	17,23	16,39

Die Inlandspreise am Berliner Marke notierten dagegen:

1905	1906	1907	1908	1909	1910	1911	1912	1913
14,48	17,96	20,63	21,12	23,39	21,17	20,40	21,70	19,88

Gäbe sich der Vertragszoll von 5,50 M. auf die Inlandspreise voll ausgewirkt, so hätten die Berliner Preise betragen müssen:

1905	1906	1907	1908	1909	1910	1911	1912	1913
10,94	18,89	21,17	22,21	24,26	21,60	21,53	22,73	21,89

Die Roggenpreise für 100 Kilogramm frei deutscher Grenze, also unverzollt, betragen:

1905	1906	1907	1908	1909	1910	1911	1912	1913
11,77	11,20	14,66	15,07	14,03	10,91	12,38	13,90	11,96

Die Berliner Notierung dagegen:

1905	1906	1907	1908	1909	1910	1911	1912	1913
15,19	16,06	19,32	18,69	17,65	15,23	16,83	18,58	16,43

Bei voller Auswirkung des Vertragszolls mit 5 M. auf 100 Kilogramm hätten die Berliner Preise betragen müssen:

1905	1906	1907	1908	1909	1910	1911	1912	1913
16,77	16,20	19,66	20,07	19,03	15,91	17,38	18,90	16,96

Es zeigt sich also, daß besonders beim Weizen das Ausland den Zoll bis zur Hälfte getragen hat. Auch beim Roggen ist der Zoll, besonders soweit es sich um russischen Roggen handelt, zum Teil vom Ausland getragen worden.

Die derzeitigen Verhältnisse haben sich gegenüber der Vorkriegszeit insofern geändert, als auf Jahre hinaus noch mit einem Überangebot namentlich von Weizen auf dem Weltmarkt zu rechnen ist, dem auf der anderen Seite eine verminderte Nachfrage durch den Minderverbrauch in Mitteleuropa gegenübersteht. Der Überschuss an Weizen und Roggen auf dem Weltmarkt beläuft sich zurzeit auf etwa 6 bis 7 Millionen Tonnen. Man kann daher erwarten, daß unter den heutigen Verhältnissen ein größerer Teil des Zolles vom Ausland getragen werden wird. Überdies wird die in der Landwirtschaft herrschende Kapitalnot voraussichtlich zur Folge haben, daß die heimische Ernte unter allen Umständen rasch an den Markt kommt.

Die grundsätzlichen Darlegungen über die Abwälzung der Zölle auf das Ausland gelten auch für Vieh und Fleisch. An ihrer Wiedereinführung ist besonders die Kleinbäuerliche und bäuerliche Landwirtschaft interessiert. Die Entwicklung der deutschen Viehbestände in der Nachkriegszeit hat, wie aus den Viehzählungsergebnissen hervorgeht, langsam eine Besserung erfahren. Wie die Vieh- und Schweineaufzucht der letzten Monate zeigen, wird der deutsche Viehbestand in der Lage sein, den gegen die Vorkriegszeit stark verminderten Fleischbedarf der deutschen Bevölkerung zu decken.

Bei der Beurteilung der ganzen Frage darf nicht außer acht gelassen werden, daß die von der Wiedereinführung des Zolles zu erwartende Intensivierung der landwirtschaftlichen Erzeugung eine Belebung der Produktionsmittelindustrie und eine Stärkung des inländischen Marktes in allen Zweigen der Volkswirtschaft zu Lasten der ausländischen Einfuhr zur Folge haben wird.

Badischer Teil

Der österreichische Bundeskanzler beim bad. Staatspräsidenten

Wien, 30. Aug. Der österreichische Bundeskanzler Dr. Seipel trat gestern nachmittag dem zurzeit in Regensburg weilenden badischen Staatspräsidenten Dr. Köhler einen längeren Besuch ab. Dr. Seipel, in dessen Begleitung sich der Landesoberhauptmann von Borsdorf, Dr. Ende, der Sektionsrat Baron von Wimmer und der den Bundeskanzler behandelnde Arzt Dr. Kiryl befanden, sah sehr frisch aus und hat seine Gesundheit offenbar in weitem Umfange wiedergewonnen. Er begab sich gegen Abend wieder im Kraftwagen nach Mehrereau zurück.

Verzeichnis der Reichsherbergen

Das vom Verband der deutsche Jugendherbergen in Hildesbach (Westfalen) herausgegebene Reichsherbergenverzeichnis für 1924/25 ist soeben erschienen. Die wanderlustige Jugend und ihre Organisationen haben ein Interesse daran, zu wissen, wofür welche Herbergen eingetragene sind, weshalb auf dieses Reichsherbergenverzeichnis hingewiesen wird. Es kann durch alle Buchhandlungen bezogen werden.

Die Rheininspektion

Zum erstenmale seit dem Jahre 1908 ist die Kommission von Ingenieuren, die gemäß der alten Rheinischfahrtsakten von 1808 den Zustand des Rheines in technischer Beziehung periodisch zu untersuchen hat, wieder zusammengetreten. Sie setzt sich zusammen aus Sachleuten der alten Vertragsstaaten, zu denen noch solche Englands und Italiens getreten sind und zählt im ganzen 15 Mitglieder. Vorsitzender der Kommission ist der preussische Ministerialrat Hoevel, Stellvertreter der französische Delegierte Montigny, Sekretär der Kommission ist der holländische Deputierte de l'Espinaffe. Außerdem gehört der Kommission der ehemalige Minister für öffentliche Arbeiten, Koenig, als holländischer Delegierter an. Die auf etwa 4-5 Wochen berechnete Arbeit der Inspektion ist bereits dieser Tage in Holland aufgenommen worden und wird vermutlich schon nächste Woche in Deutschland festgesetzt werden.

Kommunale Rundschaue

Aus der Stadtgemeinde Bad. Miefeld. Mit dem Beginn der Erschließung der Wasserkräfte am Oberrhein, der Errichtung des ersten großen Kraftwerkes bei Miefeld und der damit in Verbindung stehenden Ansiedelung größerer, insbesondere chemischer Industrien, hat sich in Miefeld aus kleinen bescheidenen Anfängen ein Gemeinwesen herangebildet, eine junge entwicklungsreiche Stadtgemeinde, welche ganz besonders in den letzten Jahren einen erfolgreichen Aufschwung genommen hat. Nach der Volkszählung vom Jahre 1890 betrug die Einwohnerzahl des früheren Ortsteils Bad. Miefeld 25, 1895 206, 1919 2789 und nach der fortlaufenden Zählung von heute 3850 Einwohner, hierzu kommen für das eingemeindete Warmbad 500 und für Mollingen 850 Einwohner, zusammen zählt die Stadtgemeinde jetzt 5200 Einwohner. In den letzten 3 Jahren hat die Gemeinde 62 schöne zweistöckige Wohnungen erbaut, sowie ein Rathaus erstellt und es wurden jetzt 3 Morgen Baugelände angekauft. Die Wohnungsnot steht aber immer noch im Vordergrund, weshalb mit dem Bau eines weiteren Gemeindehauses (3-4 Zimmerwohnungen für Gemeindefunktionäre) begonnen wurde. Der wirkungsvolle Bau, in schönster Lage, ist bereits unter Dach gestellt. Anschließend an dieses Gebäude wird nach Mitteilung der Oberpostdirektion Konstanz die Postverwaltung auf dem von der Gemeinde unentgeltlich zur Verfügung gestellten Gelände 6 Wohnungen für Postbeamte erstellen. Zur weiteren Bänderung der Wohnungsnot und Förderung der privaten Bauwirtschaft hat der Gemeinderat und der Bürgerausschuß den vom Bürgermeister entworfenen Richtlinien über Bewährung von Baudarlehen durch die Gemeinde die Zustimmung erteilt. Nach diesen Richtlinien gewährt die Stadtgemeinde privaten Baudarlehen bei jährlicher Prozentsatz Verzinsung und Prozentiger Tilgung und zwar für 2-Zimmerwohnungen 1000 Mark, für 3- und mehr Zimmerwohnungen 8000 Mark. Auch die hiesigen größeren Industrien geben hierzu weitere Baudarlehen an ihre Arbeiter in Höhe von 3000 Mark pro Wohnung. Zur Eingabe dieses Baudarlehens durch die Gemeinde wurde durch den Gemeinderat ein Kredit in Höhe von 108 500 Mark bewilligt. An der Genehmigung des Bürgerausschusses ist nicht zu zweifeln. Bereits liegen 16 Baugesuche vor, es wurde mit dem Bauen einzelner Häuser schon begonnen. Weitere Wohnungen sind geplant, wie auch für die nächste Zeit der Bau eines Krankenhauses, eines Rheinbades, einer Turnhalle und einer Leichenhalle zur Verwirklichung kommen sollen. Bei der Bahnunterführung am Eingang in das neue entwicklungsreiche Städtchen wird zurzeit eine städtische Baranlage errichtet, welche dem bisherigen unfreundlichen Platz und dem Ortsbild ein würdiges zweistöckiges Gepräge verleihen wird. Nach dem vorliegenden Gemeindevoranschlag 1924 besitzt die Gemeinde u. a. an unbelasteten Vermögens-

werten 211 Hektar Gemeindegeld, 25 1/2 Hektar größtenteils Baugelände, 80 Gemeindegelände, 3 Schulhäuser usw. Die Steuerkapitalien betragen nach den neuesten Steuer-Erklärungen Liegenschaftsvermögen 17 200 000 Mark, Betriebsvermögen 29 Millionen Mark, zusammen über 46 Millionen Mark. Die voranschlagsmäßigen Einnahmen betragen sich auf 280 292 Mark, die Ausgaben 485 437 Goldmark, es wurde ein vorläufiger Umlagefuß von 40 Pf. auf je 100 Mark Steuerertrag festgesetzt.

Der Gemeinderat hat beschlossen, für die Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr eine Unfallversicherung in der Weise abzuschließen, daß im Todesfall 6000 Mark bei dauernder Invalidität 10 000 Mark und bei vorübergehender Arbeitsunfähigkeit eine Entschädigung von 5 Mark pro Tag gewährt wird. Ein charakteristisches Zeichen unserer Zeitverhältnisse ist es, daß in jeder Gemeinderatsitzung Antragsentwürfe bewilligt werden müssen zum Zweck der Durchführung von Ehescheidungsprozessen oder Unterhaltklagen. Beim Gemeindeverordnungsverband wird für die städtischen Beamten mit Einschluß des Gemeinderats eine Amtshaftpflichtversicherung abgeschlossen.

Herabsetzung der Gemeindeumlage in Furtwangen. Der Gemeinderat Furtwangen hat in seiner letzten Sitzung bezüglich der Gemeindeumlage dem Zentrumsantrag stattgegeben, sämtliche Mülllagen bis auf 10 000 Mark für Aufwertung der Sparlaßenguthaben zu streichen, so daß die vorläufige Umlage von 52 auf 32 Pf. herabgesetzt werden kann. Über die Festsetzung der endgültigen Umlage wird sich der Bürgerausschuß in den nächsten Monaten schlüssig werden.

Gaukonferenz der badischen Gemeindearbeiter. Unter sehr starker Beteiligung fand vor kurzem in Triberg die 5. Gaukonferenz des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes, Gau Baden, statt. Im Mittelpunkt der Beratung der Tagung stand der kürzlich abgeschlossene Reichsmantelvertrag und der dazu gehörige badische Ergänzungsvertrag. Gauleiter Bürger hob in seinen Ausführungen hervor, daß infolge der wirtschaftlichen Übermacht des Deutschen Arbeitgeberverbandes, der Gemeinden und Kommunalverbände und besonders angesichts der augenblicklichen schlechten wirtschaftlichen Lage der Gewerkschaften die Verhandlungen sich ungemein schwierig gestalten. Auch die Tarifverhältnisse der Staatsarbeiter, sowie des Krankenpflegepersonals und der Kreisstraßenwärter wurden erörtert und in lebhafter Diskussion besprochen. So dann wurde seitens der Verammlung die bisher amtierende Lohnkommission für Baden wiedergewählt. Diese Kommission wird im Auftrag des Verbandes im September mit dem badischen Arbeitgeberverband die Verhandlungen zur Erneuerung des Lohntarifvertrages führen.

Aus der Landeshauptstadt

Schnellzüge Mannheim-Holland. Ab Montag, den 1. September d. J., werden die Schnellzüge 1. und 2. Klasse D 163 und D 164 zwischen Mannheim und Holland über Wiesbaden-Mainz-Wiesbaden-Niederlahnstein-Köln Höf.-Gresfeld-Glebe-Trarbach ausgesetzt. D 163 verkehrt Mannheim ab 11.46 Uhr, Wiesbaden 12.36 Uhr, Mainz 1.18, Wiesbaden 1.58, Niederlahnstein 3.03, Köln Höf. an 4.33 Uhr, weiter wie bisher. D 164 verkehrt bis Köln wie bisher; Köln ab 1.40 Uhr, Niederlahnstein 3.13, Wiesbaden 4.44, Mainz 4.59, Wiesbaden 5.52, Mannheim an 6.30 Uhr. Von u. nach Basel Bad. Wf. besteht Anschluß mit Wagen durchlauf durch die Züge D 85 und D 86. Zur Verrichtung des Anschlusses vom Schnellzug D 18/D 185 von Stuttgart an den Sg. D 163 verkehrt Pz. 342 Heidelberg ab 11.24 Uhr, Mannheim an 11.44 Uhr mit Durchfahrt in Friedrichsfeld (Bad.) Süd. An Stelle des Pz. 342 halten ab 1. September die Pz. 454 (W) und 340 (R) in Friedrichsfeld (Bad.) Süd an. Abfahrt um 10.36 Uhr.

Die Kola-Ausstellung für Lebensmittel und Artikel des täglichen Bedarfs, die im Rahmen der Karlsruher Herbstwoche in den Tagen vom 7.-14. September zahlreiche Besucher nach Karlsruhe führen dürfte, schreibt rühmlich vorwärts. Über hundert Anmeldungen bedeutender Firmen des Reiches sind bereits eingegangen und schon sind viele Hände in der städtischen Ausstellungshalle an der Arbeit um die Raumumteilung zu heben und den Aufbau und die dekorative Ausgestaltung der einzelnen Kioske durchzuführen. Nach den bisher eingetroffenen Ausstellungspunkten und den Anmeldungen läßt sich heute schon sagen, daß die Ausstellung nicht nur außerordentlich reichhaltig und wertvoll sowohl für den Fachmann als auch für den Besucher aus Verbandskreisen werden wird, sondern daß sie auch durch die Originalität einzelner ihrer Teile anziehend und unterhaltend wirken dürfte. Dies gilt besonders für die Ausstellungsobjekte bekannter Verbandsfirmen, die durch originelle Reklame gestützt und aus dem geschmackvollen Rahmen des Ganzen augenfällig hervorgehoben werden. Aber nicht nur die Reichweite und die Ausgestaltung der Ausstellung, sondern auch der Besuch von auswärts dürfte weit über das Gewohnte hinausgehen. Infolge des großen Interesses, das sich allerorten für die Ausstellung selbst sowohl, wie auch für die am Sonntag, den 7. und Montag, den 8. September stattfindenden fachlichen Tagungen des Lebensmittelhandels kundtut, besteht die Absicht, aus Mannheim, Heilbronn, Stuttgart, Singen usw. Sonderzüge heranzuführen, die eine Flut von Gästen bringen werden.

Karlsruhe als Kongressstadt. Nach Mitteilung des Verkehrsvereins wird der zweite Reichsverbandstag im Installateur- und Klempnergewerbe im Jahre 1925 in hiesiger Stadt abgehalten werden.

Ausstellung im Landesmuseum. Vom 7. September bis Anfang Oktober ds. J. findet in den Räumen des Landesmuseums die Ausstellung einer neuen Abteilung der „Bad. Volkskunde“ statt, die die Öffentlichkeit ein besonderes Interesse entgegenbringt, da es sich hier um kulturelles Heimatgut im engeren und tieferen Sinn handelt.

Die Schützengesellschaft Karlsruhe veranstaltet gemeinsam mit dem Badischen Bund deutscher Jäger e. B. und dem Allgemeinen deutschen Jagdsportverein Landesverein Baden, Samstag, den 4. und Sonntag, den 5. Oktober 1924 auf den Schießständen der Schützengesellschaft Karlsruhe ein jagdmäßiges Preisfischen. Es ist dies die erste Veranstaltung dieser Art in Baden; durch sie wird ein schon mehrmals geäußerter Wunsch der badischen Jäger erfüllt.

Jubiläum. Am Montag, den 1. September, sind 25 Jahre verflossen, seit Kaufmann Max Malachowski zum Geschäftsführer des hiesigen Hauses der Firma Hermann Tisch berufen wurde. Die im Jahre 1899 in Karlsruhe noch vorhandenen kleineren Filialgeschäfte der Firma Tisch wurden unter der leitenden Hand des neuen Geschäftsführers bald in dem zentral gelegenen Gebäudekomplex an der Ecke Kaiserstraße/Kitterstraße zusammengefaßt und etwas später durch den bekannten imposanten Neubau an gleicher Stelle — dem auch das eng umschlossene Hotel und Kaffee Erdbring weichen mußte — ersetzt.

Einführung in das besetzte Gebiet. Wie dem „Landauer Anzeiger“ von ausländischer Seite mitgeteilt wird, sei zur Einführung in das besetzte Gebiet jetzt nach der Annahme des Londoner Vertrages im Reichstag eine Erlaubnis der französischen Besatzungsorgane nicht mehr notwendig; ein einfacher Reisepaß genüge. — Wie das Wolsbüro hierzu erfährt, ist eine offizielle Mitteilung der französischen Organe oder eine Besetzung bestimmter Natur bei den zuständigen deutschen Behörden noch nicht eingegangen. Allerdings ist nach den Londoner Abmachungen mit Bestimmtheit zu erwarten, daß die Absperrung des linksrheinischen vom rechtsrheinischen Gebiet binnen weniger Tage ihr Ende erreichen wird.

Landestheater. In der am Sonntag, den 31. ds. Mts. zur Eröffnung der Spielzeit stattfindenden Aufführung von Pogaris „Bauberflute“ sind von den neuen Mitgliedern die Damen Marie Franz als Pamina, Victoria Hoffmann-Breuer als dritte Dame und Lotte Wenzel als zweite Dame beschäftigt. — Der mit so großem Beifall aufgenommenen Aufführung von Molieres „Amphitryon“ wird bei der Wiederaufnahme in dieser Spielzeit die deutsche Aufführung eines bisher auf der Bühne unbekanntes Einakters von Molieres vorausgehen, so daß nunmehr ein geschlossener Molieres-Abend entsteht. Es handelt sich um das „Impromptu de Versailles“, unter dem deutschen Titel: „Die Lustspielprobe“ neu übersetzt und für die Bühne bearbeitet von Staatschauspieler Ulrich von der Trend. Das interessante Werkchen entstand 1663, und war als wichtige Antwort Molieres auf Angriffe seiner literarischen und gesellschaftlichen Gegner die ihm den unerhörten Erfolg seiner vorausgegangenen Lustspiele misgünstigen und sich nicht scheuten, auch sein Privatleben in die Debatte zu ziehen. Molieres läßt in dem amüsanten Stückchen, das unüberhörtes Zeitkolort trägt, sich selbst inmitten seiner Schauspieler aufstellen, es wird, gewissermaßen ein Einblick in die Werkstatt des Dichters und Revisseurs. Die Bühnenprobe eines neuen Lustspiels darin vorgeführt. Besonders als bisher unbekanntes Selbstportrait Molieres ist das lebhaftes Werkchen kulturhistorisch wertvoll.

Kurze Nachrichten aus Baden

DZ. Heidelberg, 30. August. Nach einer Mitteilung des Kanalbauamts Altheim schreiten die Arbeiten am Neckar Kanal auf der Mannheimer Strecke rüstig fort, so daß man glaubt, gegen Ende dieses Jahres, also zu der dafür festgesetzten Zeit, mit dieser Strecke fertig zu werden.

DZ. Tauberbischofsheim 29. Aug. Für das Frankenthal wurde ein Verkehrsverband gegründet, der sich dem Badischen Verkehrsverbände anschließen wird.

DZ. Baden-Baden, 29. Aug. Den mit 70 000 M. dotierten Großen Preis von Baden gewann heute des Italiensers Testa „Scopas“ vor Weinbergs „Gancon“. Es liefen 7 Pferde.

DZ. Buggingen, 29. Aug. Bei der letzten Holzverkosterung wurden 300 Eier buchens und tannenes Scheiterholz angeboten. Für das Ster Buchenholz wurden 18-20 M. und für das Ster Tannenholz 12 M. bezahlt. Prügelholz und Reisprügel erzielten Preise von 12 bzw. 10-12 M. das Ster.

DZ. Freiburg, 28. Aug. Am kommenden Sonntag veranstaltet der Großdeutsche Orden, Schutzbund verfassungstreuer deutscher Jugend e. B., ein Fest, zusammen mit dem dem Jugendgruppen Badens und der übrigen republikanischen Jugend Mittelbadens eine Erzbergergedächtnisfeier an der Nordseite bei Bad. Gräben. — Am vormittag findet ein Besuch der befreiten Städte Offenburg und Appenweier statt.

Handel und Wirtschaft Börsen und Märkte

nachdem Stand vom 27. August 1924

Geldmarkt: Die infolge des Ergebnisses der Londoner Konferenz anfänglich etwas übertriebenen Hoffnungen auf eine baldige Besserung unserer Wirtschaftslage haben inzwischen einer starken Ernüchterung Platz gemacht. Man glaubte mit der in London erzielten Lösung der Schwerste schon überwunden zu haben und bekannte dabei die innerpolitischen Schwierigkeiten, die dem Londoner Pakt in Deutschland erwachsen mußten. Das Merkmal der letzten Verzichtnahme war Nervosität infolge der Unsicherheit der politischen Lage. Die Festigkeit der Reichsregierung, am 30. August auf jeden Fall das Londoner Protokoll zu unterzeichnen und im Falle einer Ablehnung der Durchführungsgesetze im Reichstag denselben unter allen Umständen aufzulösen, ließ doch wieder einen Hoffnungsstimmern aufkommen. Immerhin ist der Geldmarkt flüssiger geworden. Bemerkenswert war eine neuerliche Erhöhung der Ausleihungen der Golddiskontbank. Die Geldsätze haben schwach nachgegeben. Monatsgeld ist um 1 bis 1 1/2, Tagesgeld um 1/4 bis 1/8 pro Mille zu haben.

Börse: Die Verworrenheit der innerpolitischen Lage hatte sofort auf die Börse, wie das feinste politische Stimmungsbarometer ist, ihre Rückwirkung. Allgemein herrschte Unlust und Zurückhaltung. Auch zeigte sich, daß die Börse in ihren Kurven während der Londoner Konferenz künftige Entwicklungen schon vorher genommen hatte, so daß bei der jetzigen Krise ein Rückschlag eintreten mußte. Je nach dem Einfluß der Parlamentsberichte schwankte die Tendenz. Nur der Reichsanleihemarkt war belebt. Kriegsanleihe stieg wieder auf 860 Milliarden für 100 Mark Nennwert. Auch Vorkriegsstadianleihen und Vorkriegsstaatsanleihen wurden von der Spekulation in großem Umfang gekauft und gehandelt. Die Unsicherheit in der Aufwertungsfrage wird von der Spekulation reichlich ausgenutzt, um Zwischengewinne einzuharfen. Der Aktienmarkt war sehr matt und die Kurse brädelten ab.

Produktenmarkt: Auf dem Produktenmarkt ist nach den Preis-erhöhungen der letzten Wochen ein Stillstand eingetreten. Die Preise sind dieselben geblieben. Der verhältnismäßig starke Preisrückgang in Getreide auf dem amerikanischen Markt hatte noch keine Rückwirkung auf unseren Inlandmarkt. Heu und Stroh waren mit 5,25 bzw. 4,25 Mark per 100 Kilogramm unverändert. An der Berliner Produktenbörse notierten Weizen 209 (-1), Roggen 162 (+7), Sommergerste 216 (unv.), Winter- und Futtergerste 187 (unv.), Hafer 166 (-4) per 1000 Kilogramm und Mehl 30,5 (unv.) Mark pro Doppelzentner.

Warenmarkt: Auf dem Eisenmarkt war eine ziemliche Belebung festzustellen. Die Preise zogen wieder an. In Kohlen wird mit einer Preisermäßigung gerechnet; doch soll eine Ermäßigung von einer Nachprüfung der Kohlentarife abhängig sein. Die Stahlwaren stehen immer noch über den Friedenspreisen. Auf dem Lebensmittelmarkt konnten sich die Preise im wesentlichen auf der zuletzt erreichten Höhe halten. Eier- und Fettpreise blieben fest; doch ist das Angebot klein. In Zucker gingen die Preise zurück. Aus der Geschäftswelt hört man, daß sich die Lage im allgemeinen etwas gebessert hat. Nach wie vor jedoch ist die Kreditnot recht groß.

Bekanntmachung

Mit Entschliessung vom 21. Juli 1924 wurde die Vereini- gung der abgeordneten Gemarlung Gwenshof mit der Ge- meinde Ansfelingen (Amtsbezirk Engen) mit Wirkung vom 1. Oktober 1924 angeordnet.

Die Anordnung ist rechtsverbindlich. Karlsruhe, den 27. August 1924.

Der Minister des Innern J. A.: Dr. A. Jung.

Der Dombotat in Mainz wurde die Erlaubnis zum Lo- betrieb in Baden erteilt.

Karlsruhe, den 28. August 1924.

Der Minister des Innern J. A.: Dr. A. Jung.

Bekanntmachung

Dem Bad. Rennverein in Mannheim ist die Erlaubnis zum Betrieb eines Totalisators bei den am 7., 10. und 14. Septem- ber 1924 in Mannheim stattfindenden Pferdrennen erteilt worden.

Karlsruhe, den 27. August 1924.

Der Minister des Innern J. A.: Dr. A. Jung.

15. September den zurzeit etwas eingeschränkten Betrieb im- bollen Umfang wieder aufnehmen.

Letzte Nachrichten

Die Unterzeichnung in London

W.W. London, 30. August. (Tel.). Das Londoner Ab- kommen wird heute vormittag durch die Botschafter und Ge- schäftsträger der beteiligten Mächte unterzeichnet werden. In Abwesenheit Macdonalds geschieht dies englischerseits durch den ständigen Unterstaatssekretär des Äußern. Der betr. Akt wird nur rein formaler Natur sein und keine feierliche Staats- handlung bedeuten, wie vielfach irtümlich geglaubt wird.

Drohender Bürgerkrieg in China

W.W. Shanghai, 30. Aug. Britische, japanische und ame- rikanische Kriegsschiffe sind vor Shanghai eingetroffen. Der Krieg zwischen den Provinzen Tscheiang und Kiangsu erscheint unvermeidlich, wenn nicht der Militärgouverneur Li Huen Hsiang freiwillig auf die Kontrolle von Shanghai verzichtet. Aus Mufden verlautet, daß der dortige Militärbefehlshaber Truppen zusammenzieht, um Li Huen Hsiang zu unterstützen, während Marshall Wu Bei Fu Truppen in Bewegung setzt, um Tschü Hsi Schian zu unterstützen, der beabsichtigt, Shanghai wieder zu nehmen.

Viehmarkt: Der Zutrieb zu den Viehmärkten ist immer noch sehr stark. Dem großen Angebot stand aber keineswegs eine entsprechende Nachfrage gegenüber. In der nächsten Zeit wird wieder mit einem Anziehen der Schlachtviehpreise gerechnet, da infolge der erhöhten Preise im Ausland die Einfuhr- möglichkeit geringer geworden ist.

Holzmarkt: Die Krise auf dem Holzmarkt scheint vorerst überwunden zu sein. Alle Hoffnungen richten sich auf das Inkrafttreten des Londoner Pakts, wovon eine wesentliche Be- lebung des Holzmarktes erwartet wird. Borerst besteht die Gefahr nach wie vor. Nur auf dem Papierholzmarkt ist die Nachfrage verflärkt, so daß die Preise 9 bis 10 Prozent über den fortamtlichen Grundpreisen lagen.

Die Frist für die Goldmarkbilanzen. Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht eine Verordnung über Verlängerung der Frist zur Vorlegung der Goldmarkbilanzen, welche da- nach für Gesellschaften, deren Geschäftsjahr mit dem Kalender- jahr zusammenfällt, bis 30. November 1924 verlängert wird.

Der Aufsichtsrat der Linoleumfabrik Maximiliansau be- schloß, der am 10. Oktober ds. J. stattfindenden Generalver- sammlung die Umstellung des 25 Millionen Papiermark betra- genden Aktienkapitals auf 3 000 000 M. vorzuschlagen und die 900 000 M. Vorzugsaktien auf 18 000 M. umzuwerten.

Neuerwerbungen des Holzsyndikats A. G. Freiburg i. Br. Das Sägewerk Hochstift bei Saig, das bisher im Besitz der Finken- zellerischen Erben in Lenzkirch war, ist durch Kauf an das Holzsyndikat A. G. Freiburg i. Br. übergegangen. Das Werk, das zu den beiteingerichteten Sägewerken zählt, wird am

Statt jeder besonderen Anzeige.

Heute früh verschied im 78. Lebensjahr nach kurzem, sehr schwerem Leiden unser lieber Vater, Schwiegervater und Großvater, der

Bad. Forstrat a. D., Herr

Emil Freiherr von Stetten-Buchenbach

Bad. Kammerherr und Rechtsritter des Johanniterordens.

Freiburg, den 29. August 1924. Maximilianstr. 1

Erwine Heß, geb. Frein von Stetten- Buchenbach,

Agnes Erb, geb. Frein von Stetten- Buchenbach,

Gertrud Roschmann Wwe., geb. Frein von Stetten-Buchenbach,

Rolf Killius, Forstreferendar,

Herbert, Hilde, Max und Karl Otto Erb,

Wilhelm und Hans Roschmann,

Max Heß, Oberamtmann,

Wilhelm Killius, Forstmeister,

Luis G. Erb.

Die Feuerbestattung findet am Dienstag, den 2. Sep- tember, nachmittags 4 Uhr, im Krematorium hier statt.

D.540

PaBilder

für Reise und Bahnfahrten schnell und billig

Photographisches Atelier Rausch & Pester

Erbsprinzenstr. 3 D. 483

Ratfchreiber und Grundbuchhilfsbeamter

einer größeren Industrie- gemeinde des Unterlandes, gewandter Rechnungsbe- amter und Rechnungsstel- ler, in ungekündigter Stel- lung, sucht sich alsbald zu verändern. Bevorzugt Rat- fchreiber- oder Rechnungsfel- der eines kleineren Landortes oder Vertrauensstellung in Industrie. Evtl. kommt auch Tausch in Frage. Gefl. Angebote unter D.538 an die Expedition der Karlsruher Zeitung.

Verwaltungsassistent

22 Jahre alt, im Gemein- degerichts-, Wohnungswe- sen, Erwerbslosenfürsorge, Polizeisachen mit Aus- nahme der Wappelizei, Gewerbewesen, Landwirt- schaft, Wahlen, Statistik, Steuerfachen, Schulwesen und Unfallversicherungswesen tätig, sucht dement- sprechende Stelle; auch Posten auf Anwaltsbüro angenehm. Gute Zeugnisse stehen zur Verfügung. Of- ferten erbeten an H. Müller, Rechtsagent, Tiengen (Ami Baldbhut), Fernruf 174.

Erklärung!

Wir erklären unserer Kundschaft, daß unsere Firma mit dem in der letzten Zeit in den Zeitungen angegriffenen sog. Hydra- oder Schneeballensystem nichts zu tun hat. Wir verkaufen unsere Gegenstände Herren- u. Damenräder, Koch- u. Gasherde, Nähmaschinen mit Teilzahlungsrecht. Unser Unternehmen ist reell und bitten mit Teilzahlungsrecht, auf die sich in Umlauf befindlichen Ge- wir unsere Kundschaft, auf die sich in Umlauf befindlichen Ge- rüchte keinen Wert zu legen

G. m. b. H. Karlsruhe i. B. Amalienstraße 37

Badisches Landestheater.

Sonntag, 31. Aug. 6 1/2 - 9 1/2 Uhr. Sp. 18.- Abonn. A. L. Th.-Gem. B. V. B. Nr. 1-200. Erste Vorstellung der neuen Spielzeit. Die Zauberflöte.

Z.452. Karlsruhe. Der am 6. November 1868 in Ettlingen geborene und in Karlsruhe, Pfaffenstr. 24, wohnhafte Gärtner Albert Alenbichler, wurde durch rechtskräftigen Beschluß des unterzeichneten Amtsge- richts vom 14. Juli 1924 wegen Trunksucht entmün- digt. Karlsruhe, 26. August 1924. Badisches Amtsgericht B I Karlsruhe.

Unentbehrlich

sind bei kühler Witterung

- Westen reine Wolle, in bester Qualität und Verarbeitung, für Knaben u. Mäd- chen, mit und ohne Mütze, je nach Größe von 11 50 an
Sport-Westen für Damen und junge Mäd- chen, reine Wolle, viele Farben von 7 80 an
Sport-Westen moderne Karos und Streifen aparte Farben, reine Wolle 14 50
Sport-Westen extra völlige Form, beste solide Verarbeitung, reine Wolle 17 50
Sport-Westen moderne Farben u. Muster, reine Wolle, mit Kunstseide gestickt 18-

Schwarze Westen in verschiedenen Preislagen

Restposten reinwollene Sweater und Sweater-Anzüge Ia. Qualitäten besonders billig!

Julius Strauß Modewaren Kaiserstraße 189

Herrenstoffe

Herrentuchhaus Herrenstraße 22

Metallbetten

Stahlmatt., Kinderbett., direkt an Private, Katalog 78 R frei. Eisenmöbelfabrik Euhl (Hür.).

Z.453. Billingen. Über das Vermögen der Firma Fahrradhandl. Walter G. m. b. H. in Billingen wurde heute am 28. August 1924, vor- mittags 11 Uhr, das Kon- kursverfahren eröffnet, da Gemeindefuldnerin zahlungsunfähig ist und ihre Zahlungen eingestellt hat. Rechtsanwalt Heilmann in Billingen wurde zum Konkursverwalter ernannt. Konkursforderungen sind bis zum 1. Oktober 1924 bei dem Gerichte anzumel- den. Es wurde Termin anberaumt vor dem dies- seitigen Gerichte zur Be- schlussfassung über die Be- haltung des ernannten oder die Wahl eines andern Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubig- geraussschusses und ein- tretenden Falls über die in § 132 der Konkursor- dnung bezeichneten Gegen- stände auf Dienstag, 23. September 1924, vormittags 11 Uhr, und zur Prüfung der an- gemeldeten Forderungen auf Dienstag, 14. Oktober 1924, vormittags 11 Uhr. Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse ge- hörige Sache in Besitz haben oder zur Konkurs- masse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeindefuldner zu verabsolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auf- erlegt, von dem Besitze der Sache und von den For- derungen, für welche sie aus der Sache abgeforderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursver- walter bis zum 1. Oktober 1924 Anzeige zu machen. Billingen, 28. August 1924. Badisches Amtsgericht I. Gerichtsschreiber.

Städt. Konzerthaus Karlsruhe. Direktion: Adalbert Steffter. Heute, Samstag, abends 8 Uhr. Der Gauklerkönig Morgen, Sonntag, 31. August, abends 7 1/2 Uhr. Abschiedsvorstellung: Der Gauklerkönig.

Karlsruher Rennverein

Sonntag, den 21. September, nachmittags 2 1/2 Uhr auf den Wiesen bei Klein-Ruppurr Rennen mit öffentlichem Totalisator Nennungsschluß: 8. September, abends 6 Uhr Nähere Auskunft erteilt das Sekretariat Karlsruhe, Stefanienstraße 90 D.514

Die Preußisch-Süddeutsche Klassenlotterie betr.

In neuerer Zeit fordern auswärtige Hosenhändler unter Verteilung von Verlosungsplänen der Hamburger und anderer Klassenlotterien zum Spielen in diesen Lotterien wieder auf. Wir weisen darauf hin, daß das Spielen in anderen Klassenlotterien als der Preußisch-Süddeutschen gem. § 2 des Lotteriegesezes vom 26. April 1912 verboten und mit einer Geldstrafe bis zu 600 M. bedroht ist und daß Zuwiderhandlungen gegen das Verbot der Staatsanwaltschaft zur Einleitung eines Strafverfahrens mitgeteilt werden müssen. Z. 451 Karlsruhe, den 28. August 1924. D.3.109 Badisches Bezirksamt - Polizeidirektion C.

Alteffor

mit Erfahrung im Anwaltsberuf, zur Zeit als Stellvertreter eines Anwalts tätig, sucht Be- schäftigung bei badischem Anwalt als juri- stischer Hilfsarbeiter oder Stellvertreter von Anfang oder Mitte September d. J. ab. Mit- teilungen unter D. 539 an die Expedition der Karlsruher Zeitung.

Mit 3 Renten - Mark die ein Achtel des der 24. (250.) Preuß. Süddeutschen Klassenlotterie kostet, können Sie schon in der I. Klasse netto 10000 G.-M. gewinnen. Es ist dies eine Summe, die genügen dürfte um heute sehr viele von großer Sorge zu befreien Ziehung: I. Klasse 10. u. 11. Oktober Insgesamt 110000 Gewinne mit über 20 Millionen Renten-Mark bei nur 320000 Losen Da die Nachfrage außergewöhnlich stark ist, empfehle ich Ihnen, sich bald ein Los zu sichern ZWERG badischer Lotterie-Einnehmer Karlsruhe, Hebelstraße 11, Teleph. 4823 Postscheckkonto 17808. D.543